01 Referat Wirtschaftsförderung

B e s c h l u s s v o r l a g efür den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Kreisausschuss	23.03.2015	Entscheidung

Tagesordnungs-Punkt	Erteilung einer Dienstreisegenehmigung zum Besuch der HANNOVER-INDUSTRIEMESSE 2015
---------------------	---

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss genehmigt nach § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis die Dienstreise für alle angemeldeten Kreistagsabgeordneten und sachkundigen Bürger/innen am Mittwoch, den 15.04.2015, zur HANNOVER-INDUSTRIEMESSE 2015.

Vorbemerkungen:

Nach § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis bedürfen Dienstreisen der Kreistagsabgeordneten und Ausschussmitglieder der Genehmigung durch den Kreisausschuss.

Erläuterungen:

In der Zeit vom 13.04. bis 17.04.2015 findet in Hannover die diesjährige HANNOVER-INDUSTRIEMESSE, die bedeutendste Welt-Fachmesse für Industrie, Automation, Forschung und Technologie statt.

Der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn und der Kreis Ahrweiler werden dort zusammen mit regionalen Partnern mit einem eigenen Messestand vertreten sein.

In diesem Jahr soll - im Rahmen einer gemeinsamen Delegationsreise der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler - für den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus und die wirtschaftspolitischen Sprecher/innen v. g. Ausschusses oder von den Fraktionen benannte Vertreter zusammen mit dem Landrat und dem Kreiswirtschaftsförderer ein Besuch der HANNOVER-INDUSTRIEMESSE organisieren werden. Dort soll der regionale Messestand besichtigt werden, um dort mit den ausstellenden Unternehmen aus der Region Kontakt aufzunehmen und die Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Wissenschaftsausschüsse in der Region zu intensivieren. Darüber hinaus können ausstellende Unternehmen aus dem Rhein-Sieg-Kreis auf der Messe besucht werden.

Entsprechende Besuche wurden in den letzten Jahren in unregelmäßigen Abständen angeboten, zur HANNOVER-INDUSTRIEMESSE zuletzt 2011.

Als Termin ist Mittwoch, der 15.04.2015 vorgesehen. Hin- und Rückfahrt erfolgen mit der Deutschen Bahn AG. Die Reisekosten werden von den beteiligten Gebietskörperschaften anteilig getragen.

Es wird vorgeschlagen, die Dienstreise im Sinne des § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung zu genehmigen.

(Landrat)